

ABC News 22.08.2013

Tony Abbott fordert Liberal Party auf, keine Spenden der Tabakindustrie mehr anzunehmen.

Von Katie Cassidy

Während der Vorstellung der Gesundheitspolitik der Koalition kündigte Tony Abbott an, die Liberal Party würde keine weiteren Spenden von Tabakfirmen mehr annehmen.

Die Ankündigung kommt, nachdem Kevin Rudd äußerte, eine zukünftige Laborregierung würde es politischen Parteien nicht erlauben, Spenden von der Tabakindustrie anzunehmen.

Die Labor Party nimmt seit 2004 keine Spenden von Tabakfirmen mehr an, seitdem der damalige Parteichef Mark Latham versprach, mit einer Praxis aufzuhören, die er als „unmoralisch“ bezeichnete.

Nach Angaben der Australischen Wahlkommission spendeten Philip Morris und British American Tobacco der Liberal Party in den Jahren 2011 und 2012 zusammen insgesamt 8.000 Dollar, wesentlich weniger als in den vorangegangenen Jahren.

Labor behauptet, die Liberal Party hätte innerhalb der letzten zehn Jahre Spenden von den beiden Unternehmen in Höhe von insgesamt mehr als 2,1 Millionen Dollar angenommen.

Abbott hatte die Annahme von Spenden der Tabakindustrie in der Vergangenheit mit dem Argument verteidigt, dass das Geld die Politik der Partei nicht beeinflussen würde.

Auch heute betont der Oppositionsführer, die Liberal Party ließe sich durch Spenden nicht beeinflussen, sagte aber auch, Gelder der Tabakindustrie seien nicht länger willkommen.

„Als Gesundheitsminister habe ich Zigarettenschachteln mit Bildwarnhinweise verhüllt und unter der Regierung Howard gingen die Raucherquoten um etwa 20 % zurück“, sagte er.

„Ich kann also eine ausgezeichnete Bilanz aufweisen, wenn es um die Senkung der Raucherquoten geht und darum, zu tun, was das öffentliche Interesse gebietet, nicht was möglicherweise von Spendern gewünscht wird.“

„Ich tue, was im Interesse unseres Landes das Richtige ist. Ich höre nicht einfach auf Leute, die meiner Partei vielleicht Geld gespendet haben, vielleicht aber auch nicht.“

„Ich habe die Liberal Party angewiesen, keine Spenden von der Tabakindustrie mehr anzunehmen, und in diesem Sinne schlage ich vor, dass Mr. Rudd vielleicht das Geld für die Flugtickets zurückerstatten möchte, das er von einem Deutschen Tabakunternehmen erhalten hat, um an einer Konferenz teilzunehmen.“

„Wenn er in dieser Sache frömmlicher werden will, möchte er vielleicht mit sich ins Reine kommen und das Geld zurückerstatten.“

Als die Reise im vergangenen Jahr stattfand, wurde Kevin Rudd, der damals Hinterbänkler im Parlament war, von der Körber Stiftung, die Maschinen für die Tabakindustrie herstellt, nach Deutschland geflogen.

Der Premierminister hat inzwischen erklärt, er habe nicht gewusst, dass die Reise von einer Stiftung finanziert wurde, die Beziehungen zu der Tabakindustrie hat.

Generalstaatsanwalt Mark Dreyfus hatte zu einem früheren Zeitpunkt angekündigt, Labor würde Maßnahmen ergreifen um Investitionen in Tabakfirmen quer durch die Regierung zu beenden.

Labor würde sich vor allem daran machen, dass Pensionspläne der öffentlichen Hand aufhörten, Geld in die Tabakindustrie zu investieren.

Er sagte, die Maßnahmen würden den Einfluss von Big Tobacco auf die Politik in Australien verringern.

Koalition stellt Plan für zusätzliche Ausbildung praktischer Ärzte vor

Während eines Besuchs am heutigen Morgen in Sydneys St. Vincent's Krankenhaus kündigte Abbott Maßnahmen an, die eine zusätzliche Ausbildung von praktischen Ärzten beinhalten sowie eine Überprüfung des Labor Medicare Local Programms (Einrichtungen zur besseren Gesundheitsvorsorge vor Ort), die darauf abzielt, Gelder aus der Verwaltung in den Service umzuleiten.

Die Koalition sagt, sie möchte chronische Krankheiten bekämpfen, einen schnelleren Zugang zu neu zugelassenen Medikamenten ermöglichen und das Gesundheitssystem auf den kommenden demografischen Wandel vorbereiten.

Abbott sagte, Australiens Gesundheitssystem sei finanziell relativ gut ausgestattet, könne aber verbessert werden.

„Was wir vorhaben ist, das existierende Niveau der Gesundheitsfinanzierung zu halten, aber sicher zu stellen, dass ein Teil dieses Geldes aus der Verwaltung in den Service vor Ort umgeleitet wird“, sagte er.

„Wir wollen versuchen, sicher zu stellen, dass die zusätzlichen Fachkräfte im Gesundheitswesen, die nun auf Grund des von der vorangegangenen Koalitionsregierung vorgenommenen Ausbaus die Universitäten verlassen, Zugang zu adäquaten Trainingsmaßnahmen haben.“

„Deshalb gibt es Geld für zusätzliche Ausbildungen für praktische Ärzte und Geld für zusätzliche Betriebspraktika, besonders in Privatkliniken, was wir aber im Wesentlichen mit unserem Gesundheitssystem tun wollen, ist, ein gutes System noch besser zu machen.“

„Das letzte, was wir wollen, sind allgemeine Kürzungen bei der Finanzierung des Gesundheitssystems, was tatsächlich einige von Mr. Rudds schrilleren und überspannteren Aussagen Lügen straft.“